



Quelle: Caro Gellert

GRÜNE ROHSTOFFPOLITIK

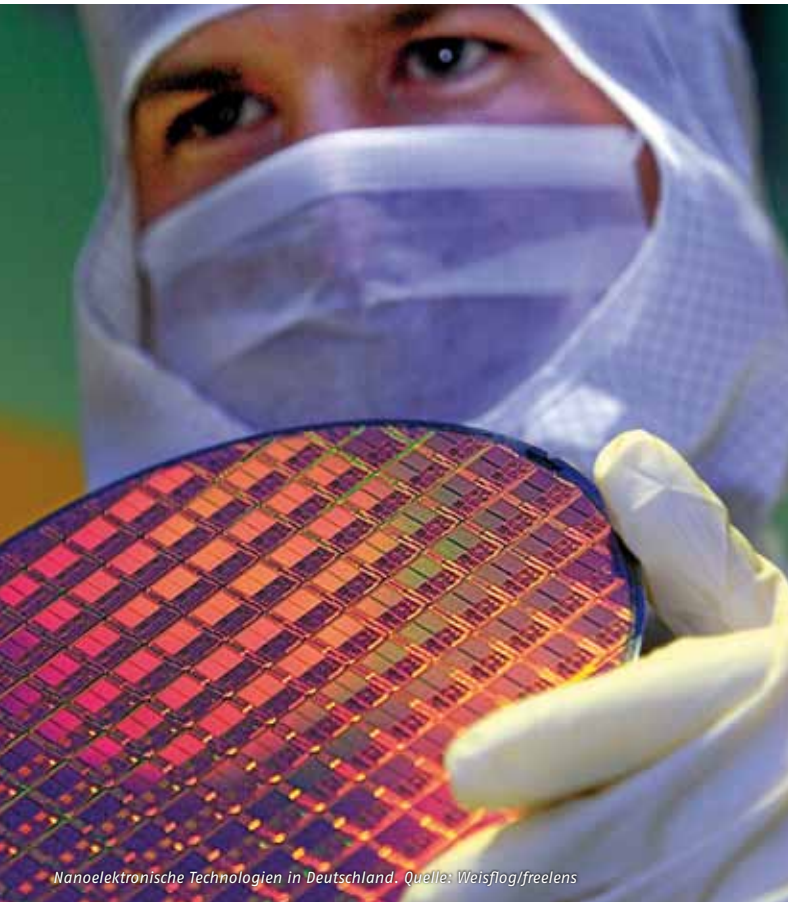
Innovation statt Verteilungskampf

UNS GEHT'S UMS GANZE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



www.gruene-bundestag.de



Nanoelektronische Technologien in Deutschland. Quelle: Weisflog/freelens

*„Grüne Rohstoffpolitik ist
Innovationspolitik.
Sie setzt auf die **Entwicklung**
modernster Technologien für
Recycling, Einsparung
und **Substitution.**“*



Fritz Kuhn MdB
Mitglied im Wirtschaftsausschuss

SELTENE ERDEN & CO.:

WARUM SICH POLITIK PLÖTZLICH MIT NEODYM BESCHÄFTIGT

Unsere natürlichen Ressourcen sind begrenzt. Bisher konzentrierte sich die politische Aufmerksamkeit vor allem auf die fossilen Energierohstoffe, insbesondere auf Öl. Zunehmend rückt nun auch die Verfügbarkeit von Metallen in die öffentliche Wahrnehmung und ins Zentrum der Wirtschaftspolitik. Extrem schwankende Preise für Kupfer, Handelsbeschränkungen für seltene Erden, wiedereröffnete Bergwerke im Erzgebirge sorgen für Schlagzeilen. Weltweit werden heute Jahr für Jahr annähernd 60 Milliarden Tonnen dieser abiotischen, nicht-energetischen Rohstoffe verbraucht. Das sind fast 50 Prozent mehr als vor 30 Jahren, Tendenz steigend. Dadurch nimmt auch die Umweltbelastung beim Rohstoffabbau deutlich zu. Für eine Tonne Erze sind immer mehr Kubikmeter Erde zu bewegen.

Die deutsche Wirtschaft ist bei diesen Rohstoffen weitgehend von Importen abhängig. Seltene Erden kommen fast ausschließlich aus China. Diese Metalle lassen sich nicht wie Öl und Gas durch einheimische, erneuerbare Quellen ersetzen. Für die Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft an den Klimawandel sind sie jedoch von strategischer Bedeutung. Ohne die High-Tech-Metalle, aber auch „Massenrohstoffe“ wie Kupfer, wird die zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahrzehnte nicht zu meistern sein. Neodym zum Beispiel kommt in Windkraftanlagen und Elektroautos zum Einsatz, für den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft ist es unentbehrlich. Der Umgang und die Versorgung mit Rohstoffen entscheiden daher maßgeblich über die Zukunft Deutschlands und Europas als Wirtschaftsstandort.

Beide Faktoren, die Importabhängigkeit und die Bedeutung metallischer Rohstoffe in einer grünen Ökonomie, erfordern eine langfristige und umfassende Rohstoffstrategie. Sie darf aber nicht allein auf die wirtschaftlichen Aspekte abzielen – es gilt auch die ökologischen, sozialen und menschenrechtlichen Konsequenzen in den Rohstoffländern in den Blick zu nehmen.



Der Umgang und die Versorgung mit Rohstoffen entscheiden maßgeblich über die Zukunft Deutschlands und Europas als Wirtschaftsstandort.

Kupfer in Blockform. Quelle: Becker+Bredel

„KRITISCHE“ ROHSTOFFE

Als kritisch bewertet die Bundesregierung Rohstoffe allein nach ihrem Versorgungsrisiko. Kritisch sind Metalle also dann, wenn sie eine hohe ökonomische Bedeutung haben und gleichzeitig aus politisch-wirtschaftlich instabilen Ländern kommen oder das Land bei der Lieferung eine Monopolstellung hat.

Viele dieser Rohstoffe sind aber auch deshalb kritisch, weil ihr Abbau auf Kosten ökologischer, menschenrechtlicher und sozialer Standards geht.

Die Zeiten sind vorbei, in denen westlichen Industriegesellschaften der Zugang zu Rohstoffen garantiert war. Der Eigenbedarf von China, Indien und Brasilien ist gewaltig. Sie konkurrieren mit Macht um die internationalen Rohstoffvorkommen. Bei steigender Nachfrage und knapper werdendem Angebot wird der Kampf um die Verfügbarkeit kritischer Rohstoffe zum Nullsummenspiel. Was der eine gewinnt, muss der andere verlieren. In jedem Fall aber sind die Umwelt und die Menschen vor Ort die Verlierer:

- » Abbau und Aufbereitung dieser Rohstoffe wirken sich auf den Klimawandel ähnlich verheerend aus wie der Verbrauch fossiler Brennstoffe.
- » Menschen verlieren ihre Lebensgrundlage, wenn rücksichtsloser Rohstoffabbau ihnen Land und Wasser raubt.
- » Arbeitsbedingungen beim Abbau der Rohstoffe verstoßen häufig gegen internationale Standards.
- » Konflikte über die Verfügbarkeit der Rohstoffe können in gewaltsame Auseinandersetzungen münden.

Grüne Politik sucht nach Auswegen aus diesem Dilemma. Der Schlüssel liegt zum einen in verpflichtenden Standards beim Abbau und Handel von Rohstoffen. Genauso wichtig ist aber auch ein innovativer Umgang mit den vorhandenen Rohstoffen.

INNOVATION STATT VERTEILUNGSKAMPF

Es muss uns gelingen, knappe Rohstoffe sparsamer einzusetzen, sie wiederzuverwenden und zunehmend durch weniger kritische Materialien zu ersetzen. Dann können Rohstoffsicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit in Einklang kommen. Über die wirtschaftlichen Vorteile hinaus ist das auch der Weg, einen harten, wenn nicht gar gewalttätigen Verteilungskampf zu verhindern. Eine wirklich nachhaltige Lösung für den Wirtschaftsstandort Deutschland steht auf drei Säulen: Effizienz, Recycling und Substitution.

Die Steigerung der Rohstoffeffizienz ist die wichtigste Säule einer grünen Rohstoffstrategie. Es gilt, mit weniger Rohstoffen mehr zu erwirtschaften. Indem diese Strategie die Abhängigkeit von Rohstoffen senkt, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie stärkt und Umwelt und Klima schont, bringt sie dreifachen Gewinn. Und sie ist entscheidend, um Ökologie und Ökonomie zu vereinen.

Mit einem breiten Mix wirksamer Instrumente wollen wir Innovationen zum Durchbruch verhelfen. Das Ordnungsrecht muss erneuert und Investitionshemmnisse müssen beseitigt werden. Die Beratung von Betrieben zu effizienterem Wirtschaften muss ausgebaut werden. Forschungs- und Innovationsförderung wollen wir stärken. Innovation als technische Fortentwicklung und soziale Innovationen müssen dabei Hand in Hand gehen. Ein Beispiel sind Produkte und Service-Konzepte, die der Philosophie „Nutzen statt Besitzen“ folgen. Sie können den Ressourcenverbrauch deutlich senken. Darüber hinaus wollen wir die Marktmacht der Öffentlichen Hand zur Unterstützung der Ressourceneffizienz nutzen und damit einen zusätzlichen Innovationsanreiz schaffen.



Die Steigerung der Rohstoffeffizienz ist die wichtigste Säule einer grünen Rohstoffstrategie.

Quelle: corbis

GRÜNE KONZEPTE

Verbindliches Effizienzziel setzen: Der Einsatz der Rohstoffe soll bei gleicher Wirtschaftsleistung bis 2020 halbiert werden.

Top-Runner-Prinzip: Das umweltverträglichste und materialsparendste Produkt gibt den Standard für die Konkurrenz vor.

Öffentliche Beschaffung: Der Staat kann als Nachfrager von Dienstleistungen und Produkten mit gutem Beispiel vorangehen. Bei der öffentlichen Beschaffung müssen daher niedrige Lebenszykluskosten und geringer Ressourcenverbrauch verpflichtende Kriterien sein.

Kreislaufwirtschaftsgesetz weiterentwickeln: Wir wollen einen politischen Rahmen setzen, um Abfälle und Altgeräte ressourcen- und umweltschonend wiederzuverwerten.

Produktverantwortung weiterentwickeln: Die Rücknahme- und Verwertungspflicht, die es bereits für alte Autos, Verpackungen sowie Elektro- und Elektronikgeräte gibt, muss ausgeweitet und durch finanzielle Anreize gestärkt werden.

Förderabgabe auf sogenannte bergfreie Bodenschätze: Mit einer Förderabgabe von mindestens zehn Prozent des Rohstoffwertes beim Abbau von Massenrohstoffen der Bauindustrie wie Kies, Sand und Gesteine sollen entstandene Umweltschäden behoben werden.

Forschung und Entwicklung: Effizienz, Recycling und Substitution wollen wir als Förderschwerpunkte und Querschnittsaufgabe in bestehenden Förderungen implementieren. Programmmittel sollen stärker auf Verbundprojekte von Wissenschaft und Wirtschaft sowie auf interdisziplinäres Forschen konzentriert werden.

GERECHTER HANDEL ZAHLT SICH AUS

Ein gerechter Handel mit Rohstoffen bringt allen Beteiligten Vorteile. Den rohstoffreichen Ländern des Südens nützen angemessene und transparente Verträge und Preise, um sich zu entwickeln. Auch für Unternehmen zahlt sich Fair Play aus, denn es sichert ihnen den Zugang zu einer beständigen Rohstoffversorgung. Ein gerechter Handel mit Rohstoffen ist uns Grünen im Bundestag ein wichtiges Anliegen, trägt er doch entscheidend dazu bei, das Risiko bewaffneter Konflikte zu reduzieren und politische Stabilität wie nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Dagegen verschärft der Wettlauf und Wettkampf um Ressourcen die Lage in den politisch instabilen Ländern der Welt. Viele bilaterale Partnerschaften haben ausschließlich den Zugang zu Rohstoffen im Blick, nicht aber den gegenseitigen Nutzen für alle Beteiligten. Solche Handelsbeziehungen sind ungerecht, zu kurzfristig gedacht und erschweren die Durchsetzung einheitlicher Normen und Standards.



Containerlager in Duisburg, Quelle: Jürgen Moers

*„Der Wettbewerb um knappe Rohstoffe bedroht **Frieden und Stabilität**. Daher muss der Zugang zu Ressourcen kooperativ und unter Wahrung der **Menschenrechte** wie auch **ökologischer Standards** gesichert werden.“*



Dr. Frithjof Schmidt
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender



Seltene Erden in einem Labor, Universität Tokio 2012. Quelle: Nakao/Reuters



Verarbeitung seltener Erden in der Inneren Mongolei. Quelle: picture alliance

ROHSTOFFE ALS MOTOR FÜR ENTWICKLUNG NUTZEN

Damit Rohstoffländer eine Chance haben, ihre lokale Wirtschaft zu entwickeln, können Handelsbeschränkungen sinnvoll sein. Daher sollten Quoten und Exportsteuern nicht von vornherein verteufelt, der Abbau von Handelshemmnissen nicht pauschal zum Ziel erklärt werden. Doch eben das tut die Politik von EU und Bundesregierung. Wir dagegen wollen, dass rohstoffreiche Entwicklungsländer Anreize für Investitionen in ihre lokale Wirtschaft setzen können. Wenn Einnahmen und Wertschöpfung im eigenen Land bleiben, kann der Rohstoffreichtum zum Motor einer nachhaltigen Entwicklung werden: für den Aufbau eines funktionierenden Staatswesens, einer nachhaltigen Infrastruktur und eines guten Sozial- und Bildungssystems. Die Entwicklungszusammenarbeit kann diesen Prozess unterstützen. Jedes Land steht allerdings selbst in der Verantwortung, Korruption zurückzudrängen, klare Regeln für Unternehmen zu setzen und Eigentumsverhältnisse zu klären. Und die Interessen der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft müssen stärker zum Zug kommen.

VERBINDLICHE MASSNAHMEN GERECHTE ROHSTOFFPOLITIK

Bisher ist die Situation in den meisten rohstoffreichen Ländern eher ernüchternd. Nur selten gelingt es ihnen, ihren Rohstoffreichtum für nachhaltige Entwicklungsprozesse nutzbar zu machen. Immer noch überwiegt der unregulierte Handel mit all seinen negativen Begleiterscheinungen wie Intransparenz, Korruption und gewaltsamen Konflikten. In den letzten Jahren sind freiwillige Initiativen entstanden, die auf Abhilfe zielen. EITI (Extractive Industries Transparency Initiative) oder Publish what you pay (PWYP) sind wichtig – aber sie reichen nicht aus.

Wir fordern daher verbindliche Regulierungsansätze für eine gerechte, nachhaltige Rohstoffpolitik. Maßnahmen wie die Zertifizierung von Handelsketten oder eine Gesetzgebung zu Transparenz im Rohstoffsektor hat nun auch die EU-Kommission angeregt, dem Beispiel USA („Dodd-Frank Act“) folgend. Auch die Verpflichtung von Unternehmen auf die OECD-Leitsätze zu Menschenrechten und Umweltschutz muss vorangetrieben werden.

GRÜNER WIRTSCHAFTEN

Die grüne Rohstoffstrategie unterscheidet sich grundlegend von der nationalstaatlich ausgerichteten Politik der schwarz-gelben Bundesregierung. Diese setzt allein auf kurzfristige Wettbewerbsvorteile. Die negativen Folgen wie Umweltzerstörung, soziale Spannungen und sicherheitspolitische Implikationen blendet sie dagegen aus. Die grüne Rohstoffstrategie stellt den Umgang mit Rohstoffen auf eine gerechte und nachhaltige Grundlage. Zentral ist die Erschließung ungenutzter Potenziale, es geht also um eine Effizienzstrategie. Müllhalden und Haushalte bergen Unmengen verschiedenster Rohstoffe. Sie einer neuen Verwendung zuzuführen, ist für uns nicht nur ökologische Notwendigkeit, sondern bringt unserer Wirtschaft handfeste ökonomische Wettbewerbsvorteile auf dem Weg zu einer globalen Green Economy.

Zudem stellen wir eine faire Verteilung und Entwicklungschancen für rohstoffreiche Entwicklungsländer in den Mittelpunkt unserer Rohstoffpolitik.

NOCH FRAGEN?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Fritz Kuhn MdB

Arbeitskreis 1: Wirtschaft & Soziales

Frithjof Schmidt MdB

Arbeitskreis 4: Außenpolitik & Entwicklungspolitik

TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552

info@gruene-bundestag.de

ZUM WEITERLESEN:

Grüne Rohstoffstrategie (Reader 17/62)

www.gruene-bundestag.de » Themen A-Z » Wirtschaft

www.gruene-bundestag.de » Themen A-Z » Entwicklungspolitik

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

17/8354 Transparenz im Rohstoffsektor

17/6037 Herkunft des Urans in deutschen Atomkraftwerken

17/5934 Spekulation Agrarrohstoffe

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden

IMPRESSUM:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Gestaltung: Stefan Kaminski

Stand: März 2012, Schutzgebühr: 0,05 €